

Iberoamerika-Gipfel in Chile

Königlich gezankt

«¿Por qué no te callas?» Mit diesem Satz des spanischen Königs Juan Carlos gerichtet an Venezuelas Präsident Hugo Chávez bleibt der 17. Iberoamerika-Gipfel in Chile in Erinnerung. Trotz einer gemeinsamen Abschlusserklärung der 22 Teilnehmerstaaten und einer Regelung über den Rentenbezug in der Region waren es vor allem Anfeindungen und zwischenstaatliche Streitigkeiten, die das Treffen bestimmten und eine Integration behindern.

Drei Tage lang, vom 8. bis zum 10. November, debattierten die Staatsoberhäupter und Präsidenten von Lateinamerika sowie von Spanien, Portugal und Andorra und einigten sich schließlich auf die Abschlusserklärung von Santiago. Was für die Bürger unterm Strich dabei herausgekommen ist, könnte eine Vereinbarung sein, die es erlaubt, auch außerhalb des eigenen Landes seine wo auch immer erworbenen Rentenansprüche geltend zu machen. Beispiel: Ein chilenischer Arbeiter war sowohl in der Heimat als auch in Brasilien und Argentinien berufstätig und beschließt in Argentinien in Rente zu gehen. Dann erhält er dort nicht nur die lokale Pension, sondern es werden ihm auch die Ruhegelder aus Chile und Brasilien überwiesen. Die neue Regelung muss nun von den nationalen Parlamenten abgesegnet werden.

Im Übrigen jedoch handelt es sich bei der Deklaration von Santiago um eine reine Absichtserklärung, in der bessere soziale Netze, mehr Bildung, mehr Arbeitsplätze, bessere Lebensbedingungen für die Armen sowie modernisierte Steuersysteme gefordert werden. Immerhin konkret war die Ankündigung des spanischen Ministerpräsidenten Rodríguez Zapatero, Lateinamerika 2008 mit einer Zahlung von einer Milliarde Euro zu unterstützen. Gastgeberin Michelle Bachelet bemühte sich denn auch sichtlich auf der abschließenden Pressekonferenz, die Erfolge des Gipfels zu betonen und den Eklat zwischen Juan Carlos und Hugo Chávez nicht überzubewerten.

Doch gerade Polemik und Streitigkeiten charakterisierten das Treffen. Allen voran das Wortgefecht, als Hugo Chávez die Rede des spanischen Ministerpräsidenten Zapatero immer wieder unterbrach. In seinem Beitrag hatte

Zapatero den venezolanischen Präsidenten dafür kritisiert, dass der linksgerichtete Politiker am Tag zuvor den konservativen spanischen Ex-Regierungschef José María Aznar als Faschisten beschimpft hatte. Dem spanischen König wurde es irgendwann zu bunt: Der Satz «Warum hältst du nicht den Mund?» wurde zum alles bestimmenden Thema in der Berichterstattung.

Schon zu Beginn hatte der venezolanische Staatschef – bekannt für seine demagogischen Seitenhiebe – Unruhe gestiftet und das von den chilenischen Gastgebern vorgegebene Thema des Gipfels, der «soziale Zusammenhalt», kritisiert. Der erklärte Antiimperialist und USA-Gegner hätte lieber die Bezeichnung «soziale Revolution» bevorzugt. Zudem sorgte seine öffentlich vorgetragene Unterstützung Boliviens für einen Zugang zum Pazifik für zusätzlichen diplomatischen Druck. «Eine rein bilaterale Angelegenheit», entschärfte Chiles Außenminister Alejandro Foxley die Situation.

Bei zwei Nachbarstaaten ließ sich eine Eskalation dagegen nicht mehr verhindern: Noch während des Gipfels am Donnerstag gab Uruguay grünes Licht für die Inbetriebnahme des finnischen Cellulose-Werks Botnia am Grenzfluss zu Argentinien. Zwischen dem uruguayischen und argentinischen Präsidenten, Tabaré Vázquez und Néstor Kirchner, kam es zum Schlagabtausch. Argentinien bezichtigt den nördlichen Nachbarn seit längerem, mit dem Werk die Umwelt zu verschmutzen und erklärt die Grenzlage zudem als rechtswidrig. Eine Klage am Internationalen Gerichtshof von Den Haag wurde bereits eingereicht.

Durchkreuzt wurde der Iberoamerika-Gipfel außerdem durch ein parallel stattfindendes Treffen unter Federführung der linksgerichteten Regierungen von Venezuela, Ecuador, Nicaragua und Bolivien. Auf dem *Cumbre de los Pueblos* setzten sich die Teilnehmer für die indigenen Bevölkerungsgruppen ein – etwas, das auch in der Schlussakte vom Iberoamerika-Gipfel gefordert wird – und sprachen sich gegen das marktwirtschaftliche Modell in Lateinamerika aus. Dabei hat eine extra für das Staatstreffen herausgegebene Studie, die von

25 Forschungsinstitutionen, wie unter anderem der deutschen Hanns-Seidel-Stiftung, erarbeitet worden war, genau das Gegenteil empfohlen. Marktöffnung, mehr Freiheiten und weniger Staatslenkung wird den Ländern geraten, um eine weitere wirtschaftliche Entwicklung zu garantieren. Die Schrift hebt Chile, Mexiko und Brasilien als positive Beispiele hervor, die mit ihrer Politik langfristig erfolgreicher seien als Argentinien, Bolivien, Paraguay und Venezuela.

Angesichts dieser gegensätzlichen Positionen und des Hickhacks dürfte es schwierig sein, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen und eine Integration nach Muster der Europäischen Union voranzutreiben. Das ist bedauerlich.

Der nächste Gipfel 2008 findet in San Salvador statt und widmet sich der Jugend Lateinamerikas. Es gebe 150 Millionen junge Menschen in der Region, sagte Chiles Außenminister Alejandro Foxley. Diese erwarten eine Antwort auf die Frage nach Arbeitsplätzen und Bildungschancen.

Arne Dettmann